

Chaos und Furcht



Blut und Gewalt, fehlende Integrationsbereitschaft und Ghettos, Kriminelle mit „Migrationshintergrund“, Neonazis und Antifa: Die Gefahr von bürgerkriegsähnlichen Zuständen wächst. Die Meldungen der Medien wechseln sich täglich ab: Prügel, Totschlag, Messerstiche, Missbrauch, Ehrenmord, Raub. Mitten in Deutschland. Fast immer besitzen die Täter einen „Migrationshintergrund“, wie das so nett heißt. Fast immer sind es Türken oder Araber. Meist sind sie nicht älter als 30 Jahre, häufig jünger als 20 Jahre. Die Medien verschweigen ihre Nationalität oder ihren Migrationshintergrund. Aus Angst?

Ist die Integration also gescheitert? Und wenn: Tragen wir Deutschen die Schuld? Haben wir uns an der dritten Generation der Immigranten „versündigt“, wie uns das so manche Politiker einreden möchten? Was sind die Gründe hier in Deutschland für das tägliche Einknicken und jene Angst vor dem Islam beziehungsweise den immer unverschämter werdenden Forderungen ihrer Verbandsfunktionäre? Und schließlich: Wer die Dinge beim Namen nennt und sich wehrt – warum trifft ihn sogleich ausgerechnet die geballte Wut der Linken und ihrer SA-Schutztruppe „Antifa“? Freiheit und Sicherheit schwinden in unserem Lande. Und immer mehr Menschen geben zu, nicht ohne Angst auf die Straße zu gehen.

Roland Emmerich hat in seinem Leben schon einiges in die Luft fliegen lassen: das Empire State Building und das Weiße Haus („Independence Day“), die Hälfte von Manhattan („Godzilla“), das berühmte Hollywood-Zeichen in den Hügeln über Los Angeles

(„The Day after Tomorrow“). In seinem Dekonstruktionsfilm „2012“, der jetzt in die Kinos kam, geht nun die ganze Welt zu Bruch und mit ihr einige der größten Schätze des Christentums: die Sixtinische Kapelle und der Petersdom.

Doch nicht die ganze Welt wird zerstört, die muslimische Welt bleibt verschont. Eigentlich wollte Emmerich auch die Kaaba in Mekka in die Luft jagen, eine der heiligsten Stätten des Islam und Ziel jedes muslimischen Pilgers. Doch der Regisseur gestand öffentlich: „Das wollte ich tun, muss ich zugeben. Aber mein Ko-Autor Harald (Kloser) meinte, er wolle sich keine Fatwa wegen des Filmes zuziehen. Er hatte natürlich recht, das müssen wir hier in der westlichen Welt bedenken. Man kann christliche Symbole zusammenfallen lassen, bei einem arabischen Symbol handelt man sich eine Fatwa ein, so ist halt im Augenblick der Stand der Dinge.“ Islamophobie?

Szenenwechsel: Die Kinder- und Jugendtheatergruppe des Heimatvereins Lammersdorf, ein kleines Örtchen in der Eifel, hatte sich für ihre aktuelle Theateraufführung das Märchen „Der kleine Teufel Eberhard“ ausgesucht. Allein, die Titelrolle ließ sich partout nicht mit einem Jungen besetzen. Die Theatermacher schrieben die Story kurzerhand auf ein Mädchen um und machten aus dem „Teufel Eberhard“ den „Teufel Fatima“. Die Plakate bedruckte man mit der Version „Fatima“, und mit ihnen warb man in Grundschulen und Kindergärten. Und auch auf den Eintrittskarten war vom „kleinen Teufel Fatima“ zu lesen. So weit, so gut. „Der Titel unseres diesjährigen Weihnachtsmärchens hat nun bei einigen Kindern und Eltern zu heftigen Irritationen geführt. Uns war nicht bewusst, dass der Name Fatima in anderen Religionen eine sehr große Bedeutung hat“, schreibt Lothar Berger von der Theatergruppe in einer Pressemitteilung. Hat er aber, wie man im Internet nachlesen kann. Fatima, so erfährt der unwissende Westeuropäer, war die Tochter des Propheten Mohammed – und so fühlt sich der gläubige Muslim in seinen religiösen Gefühlen verletzt. So hat sich denn auch eine muslimische Familie vehement über den

Titel des Theaterstücks beschwert. Die Lammersdorfer Theatermacher fielen aus allen Wolken und Lothar Berger versichert: „Zu keiner Zeit war es unsere Absicht, Andersgläubige zu beleidigen. Wir bedauern zutiefst, die Gefühle anderer verletzt zu haben und entschuldigen uns aufrichtig!“ Das hat zur Folge, daß jetzt am 12. und 13. sowie am 19. und 20. Dezember doch der „kleine Teufel Eberhard“ über die Bühne wirbeln wird. Die neuen Plakate sind bereits gedruckt und auch auf den Eintrittskarten ist der Fauxpas korrigiert. Islamophobie?

Kein vernünftiger Mensch hegt Ressentiments gegenüber Ausländern

Um es gleich vorweg zu sagen: Kein vernünftiger Mensch hat etwas gegen Ausländer. Mit vielen sind wir befreundet. Als Vereins- oder Arbeitskollegen, als Nachbarn oder über die Schulen unserer Kinder. Viele hier lebende Ausländer sind fleißige Mitbürger, friedlich, hilfsbereit und längst integriert. Auch ist richtig, dass Deutschland in den 50er Jahren Arbeitskräfte im Ausland anwarb. Zunächst in Italien, dann in der Türkei. Doch man vergaß, dass da nicht nur Produktionskräfte ins Land kamen, sondern Menschen, mit der ihnen eigenen Kultur und Religion.

Das aber heißt nicht, dass es verboten ist, darauf hinzuweisen, daß ein enorm großer Anteil der hier lebenden Ausländer sich nicht integrieren lassen will! Und dass wir Deutschen hier nicht die Bringschuld tragen! Ein aufrichtiges Bemühen, sich in dem Land zurechtzufinden, das jemanden aufgenommen hat, sollte doch wohl unstrittig sein. Integration bedeutet nicht, dass die bei uns auf Dauer lebenden Zuwanderer, ob sie nun die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht, ihre kulturellen Wurzeln gänzlich kappen müssten. Wohl aber, dass sie selbstverständlich die Gesetze des Gastlandes und dessen tragenden Werte und Grundprinzipien als sogenannte „Leitkultur“ akzeptieren. Und genau dies tun sie nicht. Sie sprechen ihre Heimatsprache, leben nach ihrem

Ehrenkodex, holen sich junge Ehefrauen aus Anatolien, sehen ihre TV-Kanäle, ja, und auch das muss man sagen dürfen, verachten uns Deutsche, aber streichen gerne unsere Steuergelder ein.

Auch das stimmt: Wir im Westen sind beileibe keine „Heiligen“. Wir haben zwei Weltkriege mit über 60 Millionen Toten angezettelt. Wir haben die Atombombe nicht nur erfunden, sondern auch eingesetzt. Millionen Juden auf barbarische Weise umgebracht. Völker ausgerottet, kolonialisiert und als Sklaven gehalten. Dabei spielt es keine Rolle, dass es durchaus auch einen islamischen Imperialismus gibt und die Sklaverei bis heute in islamischen Ländern und anderswo keineswegs ausgerottet ist. Die Frage ist nur, ob das ein Grund dafür sein kann, uns zerknirscht der Kritik von Muslimen zu unterwerfen, wenn sie unsere westliche Dekadenz anprangern und ihre eigene Diskriminierung beklagen?

Woher dieser Hass und diese Aggressionen?

Woher kommen wohl der Hass und die Aggressionen der weltweiten islamischen Gemeinschaft gegenüber dem Westen, der USA und Israel? Die Psychologie lehrt, dass eine Aggression eine Reaktion auf eine Frustration ist. Woher kommt also die Frustration der islamischen Welt? Ganz offensichtlich handelt es sich um eine religiös motivierte Angelegenheit. Auf der einen Seite mühen sich etliche Muslime täglich durch das Verrichten vielfältiger religiöser Pflichten ab, um den Segen und das Wohlgefallen Allahs zu erwerben. Außerdem sind sie auf Grund der Aussagen des Koran überzeugt, das auserwählte und gesegnete Volk Gottes zu sein. Auf der anderen Seite sehen sie, dass es den Ungläubigen, den Juden und den von ihnen als großer Satan bezeichneten USA so viel besser geht als ihnen selbst. Nicht wenige der islamischen Länder gehören der sogenannten „Dritten Welt“ an. Sie sind im Vergleich zum Westen wirtschaftlich und kulturell unbedeutend. Besonders auch die islamischen Länder auf dem afrikanischen Kontinent sind von Dürren, Hunger, und Kriegen geschlagen. Diesen

Menschen mangelt es oft selbst an grundlegenden Dingen des täglichen Lebens, wie zum Beispiel ausreichender medizinischer Versorgung, so dass sie auf die Hilfe westlicher Staaten angewiesen sind. Auch das von „Ungläubigen und Götzendienern“ bewohnte Deutschland überweist jährlich viele Million Euro Entwicklungshilfe an islamische Länder.

Wissenschaften und Kreativität werden durch den Islam nachweislich unterdrückt. So war unter der Herrschaft der Taliban in Afghanistan selbst der Besitz eines Musikinstruments strafbar. Westliche Bildung wird vielfach verachtet. Das zeigt sich zum Beispiel auch an der geringen Zahl von Erfindungen, Patenten oder Nobelpreisträgern, welche die islamische Welt bisher hervorgebracht hat. Weder in der Automobilindustrie noch in der Luft- oder Raumfahrt, weder in der modernen Medizin, der Elektrotechnik, der Computertechnologie oder sonst einem wichtigen Bereich der Forschung hat sich die Umma bisher durch besondere Leistungen hervorgetan. Das Gegenteil ist sogar der Fall.

Es sind die Muslime

Verständnis für diese Aggressivität ja. Aber das heißt nicht zu schweigen! Gerade hier in Deutschland, wo die Zustände immer chaotischer werden. Es gibt nicht mehr viele mutige Politiker, die öffentlich ihre Meinung kundtun und sich nicht vor Problemen wegduckten. Ein Beispiel: Der 44jährige René Stadtkewitz ist einer der wenigen mutigen Politiker, der sich gegen die verordnete linke Mainstream-Meinung wehrt, die sich wie Mehltau über die Parteizentralen und Redaktionsstuben dieses Landes gelegt hat. Auch im Jahr 2009 schwingt noch immer und überall die vernichtende Nazikeule, wenn man über Probleme redet, die von ausländischen Mitbürgern verursacht werden. Wie Thilo Sarrazin spricht Stadtkewitz das offen aus, was ohnehin die meisten wissen, aber sich längst nicht jeder zu sagen traut: Es sind die muslimischen Einwanderer, um die es geht, wenn wir von Parallelgesellschaften, Integrationsverweigerung, Bildungsferne und Gewaltanwendung

sprechen.

Die Islamisierung Deutschlands ist in Berlin am besten zu beobachten und genau dort hockt die Zentrale der geballten linken Politmafia, die es sich zum Ziel gesetzt hat, diese Islamisierung kritiklos zu unterstützen. Und all diejenigen, die die Realität darstellen, werden von der linken Junta niedergebrüllt. René Stadtkewitz ist Berliner CDU-Abgeordneter und Leiter des Arbeitskreises Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr. Beim Stichwort Bauen hat er sich vehement gegen die Errichtung des Mohammedaner-Tempels der Ahmadiyya-Sekte in Pankow eingesetzt. Das hat ihm vom linken Straßenmob jede Menge üble Verleumdungen, Drohungen und auch einen Gruß in Form eines Molotow-Cocktails ins Wohnzimmer eingebracht. Aber Stadtkewitz läßt sich nicht einschüchtern.

Es geht um Menschenrechte, nicht um Rassismus

Wo immer sich in Deutschland couragierte Menschen zusammenfinden, um öffentlich auf die Menschenrechtsverletzungen im Islam aufmerksam zu machen, bilden sich Gegendemonstranten aus dem links-grünen Milieu, die dies massiv verhindern möchten. So auch bei der in Berlin stattgefundenen „Bürgerbewegung Pax Europa“-Demo „Für Menschenrechte – Gegen Unterdrückung“, wo ein aus Bundesmitteln gefördertes „linkes Projekt“(!) zum Gegenprotest aufruft. Dabei könnte das Flugblatt, mit dem die BPE zur Teilnahme an der Demo aufrief, jeder Demokrat beruhigt unterschreiben. Ja, eigentlich müsste er es:

„Mitten in Europa fürchten Islam-Aussteiger um ihr Leben. Muslimische Frauen und Kinder werden durch Ehemänner und Verwandte brutal unterdrückt. Ehrenmorde, Zwangsheiraten, Genitalverstümmelungen und körperliche Gewalt sind noch immer an der Tagesordnung. Muslimische Gegengesellschaften werden durch überdimensionierte Moscheebauten und Zwangsverschleierung gefördert.“

Der Druck, der seitens der meist aus dem Ausland gesteuerten islamistischen Verbände sowie ihrer Funktionäre und Helfer auf die zugewanderte und die einheimische Bevölkerung ausgeübt wird, nimmt stetig zu und behindert die erfolgreiche und dauerhafte Integration dieser Menschen von Generation zu Generation zunehmend. Immigranten, die den Zwängen der menschenverachtenden Scharia in ihren Heimatländern entkommen sind, werden mitten in Europa wieder von ihr eingeholt durch geduldete Schariagerichte und sogar eine Amtsrichterin, die es für richtig erachtet, daß Frauen sich von ihren Männern schlagen lassen müssen, falls sie Muslime sind.

Während die Unterstützung islamistischer Organisationen wie der HAMAS mit „Juden ins Gas“- Rufen auf Demonstrationen straffrei bleibt, wird allein das Zeigen einer israelischen Fahne an gleicher Stätte hierzulande neuerdings wieder mit Geldstrafe bedacht.“

Soweit die Einladung zur Teilnahme an einer Demonstration für Menschenrechte! Es geht um Fakten, um Menschen und deren Rechte – und keineswegs um braune Gesinnung. Doch die Fakten soll niemand hören. Und dafür sind die Linksradikalen dann zur Stelle.

Die Antifa als Schlägertrupp

So hat die Bundesregierung angekündigt, in Zukunft nicht nur gegen Rechtsradikale, sondern tatsächlich verstärkt auch gegen linken und islamischen Extremismus vorgehen zu wollen. Das ist in den Augen linker Wissenschaftler natürlich untragbar und vor allem unberechtigt. In einer vom Marburger Pädagogikprofessor Benno Hafener initiierten Stellungnahme heißt es dazu, die von der schwarz-gelben Koalition betriebene Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus entspreche nicht der Realität. Vielmehr würden dadurch „vielschichtige Trennlinien und Unterschiede“ ignoriert. Neonazis, muslimische Islamisten und Linksradikale vereint mindestens der Haß auf

die Juden sowie auf die USA, welche „vielschichtige Trennlinien und Unterschiede“ meint Prof. Benno Hafener also? Im übrigen werde damit, so der Professor, „implizit unterstellt, dass alle drei Extremismen aktuell von gleichem Ausmaß, gleicher Bedeutung und Brisanz wären“. Lächerlich. Sind sie das etwa nicht? Nein, sie sind schlimmer: Sauerlandzelle, Schläferzellen von 9/11 und Co., dubiose Islamverbände, Kofferbomber und die Tatsache, dass Deutschland als „Zwischenausbildungslager“ dient, sind natürlich noch lange kein Grund, gegen Islamismus vorzugehen.

Und was ist mit Brandanschlägen auf die Post/DHL, die „Bundeswehr“ sowie das Abfackeln von Dutzenden „Bonzenkarren“ in Berlin, Hamburg und anderer Orts seitens der Linksautonomen? Daß schlagende Antifas regelmäßig ganze Stadtteile in eine Art „Gazastreifen“ verwandeln, dass Polizeiwagen angezündet und Polizisten mit Wurfgeschossen attackiert werden – all das ist gar nicht so schlimm, denn das ist doch der „gute Extremismus“. Und der Professor schließt: Durch die im Vorhaben der neuen Bundesregierung zum Ausdruck gebrachte Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus drohe „eine vordergründig politisch motivierte Rückkehr in die Denkschablonen des Kalten Krieges“. Ist der Mann krank oder wird er für solche Statements bezahlt? Man kann nur hoffen, daß die Bestrebungen der Bundesregierung nicht nur islamistischem Terror gelten werden, sondern auch der Straßenkriminalität, an der die Mitbürger „mit Migrationshintergrund“ überdurchschnittlich hoch beteiligt sind.

Thilo Sarrazin hat recht!

Vielleicht ist es schon zu spät, vielleicht lassen sich der Prozess der Überlagerung durch Zuwanderer und die schleichende Islamisierung noch stoppen. Mit seiner Aussage, dass 70 Prozent der Türken und 90 Prozent der Araber in Berlin weder integrationswillig noch -fähig seien, hat Thilo Sarrazin wütende Reaktionen der linksliberalen Meinungssoldaten

ausgelöst, aber ebenso eine Welle der Zustimmung aus der Bevölkerung erhalten. Die Beschwichtigungsformeln der Gutmenschen und Multi-Kulti-Apostel können die Bürger nicht mehr ruhigstellen, die zunehmend sehen, wohin das Experiment der Masseneinwanderung führt.

Die Zuwanderung und schnelle Vermehrung nicht integrierbarer Muslime wird nur noch von einer Minderheit von verblendeten Intellektuellen als „Bereicherung“ gesehen. In der (Ur-)bevölkerung wächst die Furcht, verdrängt und überlagert zu werden und in einer künftigen Multi-Minoritäten-Gesellschaft nicht mehr das eigene Schicksal bestimmen zu können, vom demokratischen Subjekt zum Objekt zu werden. Das hat nichts mit Xenophobie zu tun, sondern entspricht einem berechtigten Überlebenstrieb und dem Wunsch, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu erhalten, auf die in Sonntagsreden so gepocht wird. Thilo Sarrazin hat diesen Sonntagsreden in gewohnt knorrig-offener Art ein paar ehrliche Worte hinzugefügt. Etwa sein Bekenntnis: „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue Kopftuchmädchen produziert.“ Ein Volltreffer zwischen die Hörner der Gutmenschen! Auch wenn er sich mit dem geschmacklosen Begriff „Kopftuchmädchen“ übel im Ton vergriffen hat.

Kurz nach Erscheinen des Interviews im Heft „Berlin auf der Couch“ von *Lettre International* bellten sie wie getroffene Hunde. Die rot-rot-grünen Empörungsbeauftragten redeten sich in Rage. Er sei ein geistiger Brandstifter, meinte eine Linkspolitikerin; die Staatsanwaltschaft prüfte den Anfangsverdacht auf Volksverhetzung. Die Deutsche Bundesbank, der Sarrazin seit einem halben Jahr als Vorstand angehört, distanzierte sich „entschieden“ von den Aussagen des ehemaligen Berliner SPD-Finanzsenators. Bundesbankchef Axel Weber wütete gegen Sarrazin und forderte dessen Rücktritt. Treffend schrieb der Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel dazu in einem Offenen Brief: „Das Verhalten des von mir bisher sehr

geschätzten Präsidenten der Bundesbank gehört für mich nicht nur zu den peinlichsten Beispielen opportunistischen Verhaltens eines Spitzenbeamten gegenüber der Politik, es ist auch ein schlechtes Omen für die künftige Unabhängigkeit dieser Institution.“

Jeder weiß, doch niemand traut sich...

Aus vollen Eimern schütteten die linken Medien ihre üblichen Schmutzvokabeln („Rassismus“ etc.) über den Bundesbanker Sarrazin; der durchgedrehte Zentralratsgeneralsekretär Kramer meinte gar, Sarrazin mache „Goebbels, Göring und Hitler Ehre“ (Hitler allein reichte wohl nicht mehr). In einigen bürgerlichen Zeitungen erschienen jedoch auch Kommentare, die Sarrazin verteidigten. Volker Zastrow schrieb in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung über den „Schleim“ der Political Correctness, der jegliche offene Debatte verhindere. Der Chefredakteur des Rheinischen Merkur Michael Rutz schrieb kurz und knapp, daß Sarrazin einfach nur ausspreche, was jeder wüßte, doch keiner sich zu sagen traue.

Dafür wird Sarrazin geprügelt, weil er sich in Deutschland anno 2009 „außerhalb des Korridors“ (FAZ-Herausgeber Berthold Kohler) der erlaubten Meinungen stellte und die Dogmen des gescheiterten Multikulturalismus anzweifelte. „Weil er so unvorsichtig war, auf die unleugbar vorhandene Integrationsscheu gewisser türkischer und arabischer Milieus in Berlin hinzuweisen“, schrieb Peter Sloterdijk im Cicero über Sarrazin, „ging die ganze Szene der deutschen Berufsempörten auf die Barrikaden, um ihm zu signalisieren: Solche Deutlichkeiten sind unerwünscht.“ Sloterdijk nennt die deutsche Meinungsszene und die „Meinungsbesitzer“ einen „Käfig voller Feiglinge“. Doch mit Kopf-in-den-Sand-Stecken können wir den Herausforderungen durch die Masseneinwanderung nicht begegnen. Die falsche Toleranz, die in Wahrheit eher Feigheit vor der Wahrheit ist und als Schwäche erkannt wird, trägt dazu bei, daß sich muslimische Ghettos und Gegengesellschaften ausbreiten und verfestigen. Bis auch in Berlin Tausende Autos

brennen, wie in den Pariser Vorstädten?

Jeder weiß um die hohe Arbeitslosigkeit der Nicht-EU-Ausländer (doppelt so hoch wie unter Deutschen), das Schulversagen (bis zu 70 % der Türken haben keine abgeschlossene Ausbildung) und die hohe Gewaltkriminalität unter diesen Einwanderern. In den sieben Jahren, in denen es Sarrazin gelang, das quasi-bankrotte Berlin so weit zu sanieren, dass der Landeshaushalt erstmals einen kleinen Überschuss auswies, hat der preußische Sozialdemokrat ins schwarze Herz der Hauptstadt geblickt. Sarrazin kennt die (türkisch-arabisch-islamisch geprägten) Berliner Problemviertel und sieht den längerfristigen Trend: Es gibt einen rapiden Bevölkerungsaustausch, einen Exodus von Leistungsträgern und Einwanderung und Vermehrung einer neuen, staatlich alimentierten Unterschicht. Sarrazins Zahl stimmt: 40 Prozent der Geburten finden in dieser Schicht statt – bis die türkischen und arabischen Milieus die Schulzimmer und die Straßen beherrschen.

Respektlosigkeit gegenüber dem Staat

Polizisten berichten von der erschreckenden Gewaltbereitschaft und Respektlosigkeit gegenüber dem deutschen Staat. „Wenn die Polizei von Auseinandersetzungen in bestimmten Gegenden hört, sammelt sie zunächst Kräfte, weil ein einzelner Wagen dort nicht hinfahren kann“, erzählt die Jugendrichterin Kirsten Heisig in der FAZ. „Da sind innerhalb von fünf Minuten zwanzig, dreißig, vierzig Jugendliche mit Migrationshintergrund, und alles wendet sich gegen die Polizei.“ Soweit sind wir: Dem Staat entgleitet das Gewaltmonopol, manche Teile der Hauptstadt und auch anderer Großstädte etwa im Ruhrgebiet entwickeln sich zu rechtsfreien Räumen. In diesen bilden sich neue, islamische Autoritäten, wie in den französischen Banlieus, wo während der Rassenunruhen 2005/2006 plötzlich weiß gewandete „Brüder“ auftauchten und auf die „Allahu Akbar“ schreienden Jugendlichen einwirkten. Diese neuen religiösen Autoritäten kommen aus den überall gebauten Moscheen; sie sind die

Vorboten der schleichenden Islamisierung.

Blind für die Konsequenzen

Rückblickend wird Europa die Geschichte der unkontrollierten Masseneinwanderung als verhängnisvollen Beginn der kulturellen Selbstaufgabe erkennen, wie das der amerikanische Journalist Christopher Caldwell (Financial Times, Weekly Standard) in seinem neuen Buch „Reflections on the Revolution in Europe“ schreibt. Noch nie in der neueren Geschichte gab es einen so rasanten Prozeß der Umvolkung, des Einströmens von kulturfremden und nicht assimilierbaren Menschen in den alten Kontinent. Europa, so schreibt Caldwell, war einfach blind für die langfristigen Konsequenzen, als es nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Fremden hereinließ. Zunächst wurden diese von der Industrie als billige Arbeitskräfte gebraucht, doch sie blieben nicht als „Gastarbeiter“ nur für ein paar Jahre, sondern setzten sich fest. Die eigentliche Masseneinwanderung fand dann nicht über die Anwerbung von Arbeitskräften, sondern nach dem Anwerbestopp in den 70er Jahren über den Familiennachzug bis heute statt. Und sie ging und geht direkt in die Sozialsysteme.

Von 1971 bis 2000 stieg die Zahl der eingewanderten Ausländer von 4,5 auf 7,5 Millionen – die Zahl der Erwerbstätigen aus dieser Gruppe stagnierte jedoch laut Statistischem Bundesamt bei zwei Millionen. Die meisten der seit 1971 dazugekommenen rund drei Millionen Ausländer sind also nicht erwerbstätig, nicht produktiv, sondern leben von staatlichen Transfers. Damit beanspruchen die Immigranten die Sozialsysteme mehr, als dass sie zu ihrer Finanzierung beitragen, rechnet Caldwell vor. Die oft gehörte Behauptung stimmt nicht, dass wir wegen des demographischen Wandels junge Einwanderer bräuchten, um die Sozialsysteme zu retten. Im Gegenteil: Die bisherige Einwanderung hat die Sozialsysteme geschwächt. Rechnet man zu den Milliarden für die Arbeitslosen- und Sozialhilfeunterstützung noch die Extra-Kosten für das von den Einwanderern erfolglos in Anspruch genommene Bildungssystem

und für mehr benötigte Polizei und Gefängnisse hinzu, und bedenkt noch die immateriellen psychologischen Kosten, die Verunsicherung und die Fremdheitsgefühle im eigenen Land, so erscheint die Einwanderung als katastrophale Fehlentwicklung, die Europa wirtschaftlich und kulturell schwer belastet und seine Identität gefährdet.

Erobern die Türken Deutschland?

Wie es heißt, denkt Sarrazin darüber nach, ein Buch zu schreiben. Die letzte Warnung? Sie könnte die Bevölkerung aufrütteln. Die Stimmung in der Bevölkerung trifft wohl sein an Türken und Araber gerichteter Satz: „Meine Vorstellung wäre: generell kein Zuzug mehr, außer für Hochqualifizierte, und perspektivisch keine Transferzahlungen mehr für Einwanderer.“ Die Immigration durch die Familienzusammenführung, durch immer neue türkische „Importbräute“, könnte dadurch gestoppt werden. Schwieriger wäre es, die demographische Dynamik umzukehren. Die hiesigen Türken und Araber haben eine doppelt bis dreifach so hohe Geburtenrate wie die Deutschen, die trotz der Krippenoffensive bei 1,2 Kindern je Frau liegen. Es hat fast den Anschein, dass dieses von Schuldkomplexen geplagte Volk den Lebenswillen verloren hat.

Diese Schwäche nutzen andere aus. In Sarrazins Klartext: „Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate.“ Dieser Satz ließ die Gutmenschen aufheulen – aber er stimmt. Seltsamerweise war der Protest der Gutmenschen nicht zu hören, als vor einigen Jahren der türkische SPD-Politiker Vural Öger offenherzig plauderte: „Was Sultan Süleyman nicht geschafft hat (die Einnahme Wiens und die Eroberung Europas), das schaffen wir heute mit unseren gebärfreudigen türkischen Frauen.“ Auch von muslimischen Predigern und Politikern (etwa vom verstorbenen Jassir Arafat, wie Caldwell erinnert, dessen Palästinenser sich explosionsartig vermehrten) wird die „Geheimwaffe“ Gebärmutter strategisch-langfristig gesehen.

Vor 50 Jahren gab es kaum Muslime in Westeuropa, heute sind es schon 17 bis 20 Millionen. Wenn Einwanderung und Vermehrung als exponentieller Prozess weitergehen, ist absehbar, dass die düstere Prophezeiung des Princeton-Professors und Orientkenners Bernard Lewis in Erfüllung geht: „Gegen Ende des 21. Jahrhunderts wird Europa Teil des islamischen Machtbereichs sein.“ Es bleibt nicht mehr viel Zeit, dass wir aufwachen und uns dieser Herausforderung stellen. Sonst werden wir ihn haben, den Bürgerkrieg auf unseren Straßen. Bei solch einem wachsenden Chaos aus Straßekriminalität, Islamisten, Linksradikalen, Neonazis, gewalttätigen Ausländern und Ghettoisierung.

(Text von Carsten Ostrowski erschienen in Komma, Nr. 65, MM Verlag Aachen)

Schicksalsfrage Einwanderung



Vielleicht ist es schon zu spät, vielleicht lassen sich der Prozess der Überlagerung durch Zuwanderer und die schleichende Islamisierung noch stoppen. Mit seiner Aussage, dass 70 Prozent der Türken und 90 Prozent der Araber in Berlin weder integrationswillig noch -fähig seien, hat Thilo Sarrazin wütende Reaktionen der linksliberalen Meinungssoldaten ausgelöst, aber ebenso eine Welle der Zustimmung aus der

Bevölkerung erhalten. Die Beschwichtigungsformeln der Gutmenschen und Multi-Kulti-Apostel können die Bürger nicht mehr ruhigstellen, die zunehmend sehen, wohin das Experiment der Masseneinwanderung führt.

(Thilo Sarrazins Klartext als eine letzte Warnung / Von Claudia Hansen, Zeitschrift Gegengift)

Die Zuwanderung und schnelle Vermehrung nicht integrierbarer Muslime wird nur noch von einer Minderheit von verblendeten Intellektuellen als „Bereicherung“ gesehen. In der (Ur-)bevölkerung wächst die Furcht, verdrängt und überlagert zu werden und in einer künftigen Multi-Minoritäten-Gesellschaft nicht mehr das eigene Schicksal bestimmen zu können, vom demokratischen Subjekt zum Objekt zu werden. Das hat nichts mit Xenophobie zu tun, sondern entspricht einem berechtigten Überlebenstrieb und dem Wunsch, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu erhalten, auf die in Sonntagsreden so gepocht wird. Thilo Sarrazin hat diesen Sonntagsreden in gewohnt knorrig-offener Art ein paar ehrliche Worte hinzugefügt. Etwa sein Bekenntnis: „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue Kopftuchmädchen produziert.“ Ein Volltreffer zwischen die Hörner der Gutmenschen!

Kurz nach Erscheinen des Interviews im Heft „Berlin auf der Couch“ von Lettre International bellten sie wie getroffene Hunde. Die rot-rot-grünen Empörungsbeauftragten redeten sich in Rage. Er sei ein geistiger Brandstifter, meinte eine Linkspolitikerin; die Staatsanwaltschaft prüfte den Anfangsverdacht auf Volksverhetzung. Die Deutsche Bundesbank, der Sarrazin seit einem halben Jahr als Vorstand angehört, distanzierte sich „entschieden“ von den Aussagen des ehemaligen Berliner SPD-Finanzsenators. Bundesbankchef Axel Weber wütete gegen Sarrazin und forderte dessen Rücktritt. (Treffend schrieb der Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel dazu in einem Offenen Brief: „Das Verhalten des von mir bisher sehr

geschätzten Präsidenten der Bundesbank gehört für mich nicht nur zu den peinlichsten Beispielen opportunistischen Verhaltens eines Spitzenbeamten gegenüber der Politik, es ist auch ein schlechtes Omen für die künftige Unabhängigkeit dieser Institution.“)

Aus vollen Eimern schütteten die linken Medien ihre üblichen Schmutzvokabeln („Rassismus“ etc.) über den Bundesbanker Sarrazin; der durchgedrehte Zentralratsgeneralsekretär Kramer meinte gar, Sarrazin mache „Goebbels, Göring und Hitler Ehre“ (Hitler allein reichte wohl nicht mehr). In einigen bürgerlichen Zeitungen erschienen jedoch auch Kommentare, die Sarrazin verteidigten. Volker Zastrow schrieb in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung über den „Schleim“ der Political Correctness, der jegliche offene Debatte verhindere. Der Chefredakteur des Rheinischen Merkur Michael Rutz schrieb kurz und knapp, dass Sarrazin einfach nur ausspreche, was jeder wüsste, doch keiner sich zu sagen traue. Dafür wird Sarrazin geprügelt, weil er sich in Deutschland anno 2009 „außerhalb des Korridors“ (FAZ-Herausgeber Berthold Kohler) der erlaubten Meinungen stellte und die Dogmen des gescheiterten Multikulturalismus anzweifelte.

„Weil er so unvorsichtig war, auf die unleugbar vorhandene Integrationsscheu gewisser türkischer und arabischer Milieus in Berlin hinzuweisen“, schrieb Peter Sloterdijk im Cicero über Sarrazin, „ging die ganze Szene der deutschen Berufsempörten auf die Barrikaden, um ihm zu signalisieren: Solche Deutlichkeiten sind unerwünscht.“ Sloterdijk nennt die deutsche Meinungsszene und die „Meinungsbesitzer“ einen „Käfig voller Feiglinge“. Doch mit Kopf-in-den-Sand-Stecken können wir den Herausforderungen durch die Masseneinwanderung nicht begegnen. Die falsche Toleranz, die in Wahrheit eher Feigheit vor der Wahrheit ist und als Schwäche erkannt wird, trägt dazu bei, dass sich muslimische Ghettos und Gegengesellschaften ausbreiten und verfestigen. Bis auch in Berlin tausende Autos brennen, wie in den Pariser Vorstädten?

Jeder weiß um die hohe Arbeitslosigkeit der Nicht-EU-Ausländer (doppelt so hoch wie unter Deutschen), das Schulversagen (bis zu 70 Prozent der Türken haben keine abgeschlossene Ausbildung) und die hohe Gewaltkriminalität unter diesen Einwanderern. In den sieben Jahren, in denen es Sarrazin gelang, das quasi-bankrotte Berlin so weit zu sanieren, dass der Landeshaushalt erstmals einen kleinen Überschuss auswies, hat der preußische Sozialdemokrat ins schwarze Herz der Hauptstadt geblickt. Sarrazin kennt die (türkisch-arabisch-islamisch geprägten) Berliner Problemviertel und sieht den längerfristigen Trend: Es gibt einen rapiden Bevölkerungsaustausch, einen Exodus von Leistungsträgern und Einwanderung und Vermehrung einer neuen, staatlich alimentierten Unterschicht. Sarrazins Zahl stimmt: 40 Prozent der Geburten finden in dieser Unterschicht statt – bis die türkischen und arabischen Milieus die Schulzimmer und die Straßen beherrschen.

Polizisten berichten von der erschreckenden Gewaltbereitschaft und Respektlosigkeit gegenüber dem deutschen Staat. „Wenn die Polizei von Auseinandersetzungen in bestimmten Gegenden hört, sammelt sie zunächst Kräfte, weil ein einzelner Wagen dort nicht hinfahren kann“, erzählt die Jugendrichterin Kirsten Heisig in der FAS. „Da sind innerhalb von fünf Minuten zwanzig, dreißig, vierzig Jugendliche mit Migrationshintergrund, und alles wendet sich gegen die Polizei.“ Soweit sind wir: Dem Staat entgleitet das Gewaltmonopol, manche Teile der Hauptstadt und auch anderer Großstädte etwa im Ruhrgebiet entwickeln sich zu rechtsfreien Räumen. In diesen bilden sich neue, islamische Autoritäten, wie in den französischen Banlieus, wo während der Rassenunruhen 2005/2006 plötzlich weiß gewandete „Brüder“ auftauchten und auf die „Allahu Akbar“ schreienden Jugendlichen einwirkten. Diese neuen religiösen Autoritäten kommen aus den überall gebauten Moscheen; sie sind die Vorboten der schleichenden Islamisierung.

Rückblickend wird Europa die Geschichte der unkontrollierten Masseneinwanderung als verhängnisvollen Beginn der kulturellen Selbstaufgabe erkennen, wie das der amerikanische Journalist Christopher Caldwell (Financial Times, Weekly Standard) in seinem neuen Buch „Reflections on the Revolution in Europe“ schreibt. Noch nie in der neueren Geschichte gab es einen so rasanten Prozess der Umvolkung, des Einströmens von kulturfremden und nicht assimilierbaren Menschen in den alten Kontinent. Europa, so schreibt Caldwell, war einfach blind für die langfristigen Konsequenzen, als es nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Fremden hereinließ. Zunächst wurden diese von der Industrie als billige Arbeitskräfte gebraucht, doch sie blieben nicht als „Gastarbeiter“ nur für ein paar Jahre, sondern setzten sich fest. Die eigentliche Masseneinwanderung fand dann nicht über die Anwerbung von Arbeitskräften, sondern nach dem Anwerbestopp in den siebziger Jahren über den Familiennachzug bis heute statt. Und sie ging und geht direkt in die Sozialsysteme.

Von 1971 bis 2000 stieg die Zahl der eingewanderten Ausländer von 4,5 auf 7,5 Millionen – die Zahl der Erwerbstätigen aus dieser Gruppe stagnierte jedoch laut Statistischem Bundesamt bei zwei Millionen. Die meisten der seit 1971 dazugekommenen rund drei Millionen Ausländer sind also nicht erwerbstätig, nicht produktiv, sondern leben von staatlichen Transfers! Damit beanspruchen die Immigranten die Sozialsysteme mehr, als dass sie zu ihrer Finanzierung beitragen, rechnet Caldwell vor. Die oft gehörte Behauptung stimmt nicht, dass wir wegen des demographischen Wandels junge Einwanderer bräuchten, um die Sozialsysteme zu retten. Im Gegenteil: Die bisherige Einwanderung hat die Sozialsysteme geschwächt. Rechnet man zu den Milliarden für die Arbeitslosen- und Sozialhilfeunterstützung noch die Extra-Kosten für das von den Einwanderern erfolglos in Anspruch genommene Bildungssystem und für mehr benötigte Polizei und Gefängnisse hinzu, und bedenkt noch die immateriellen psychologischen Kosten, die Verunsicherung und die Fremdheitsgefühle im eigenen Land, so

erscheint die Einwanderung als katastrophale Fehlentwicklung, die Europa wirtschaftlich und kulturell schwer belastet und seine Identität gefährdet.

Wie es heißt, denkt Sarrazin darüber nach, ein Buch zu schreiben. Die letzte Warnung? Sie könnte die Bevölkerung aufrütteln. Die Stimmung in der Bevölkerung trifft wohl sein an Türken und Araber gerichteter Satz: „Meine Vorstellung wäre: generell kein Zuzug mehr, außer für Hochqualifizierte, und perspektivisch keine Transferzahlungen mehr für Einwanderer.“ Die Immigration durch die Familienzusammenführung, durch immer neue türkische „Importbräute“, könnte dadurch gestoppt werden. Schwieriger wäre es, die demographische Dynamik umzukehren. Die hiesigen Türken und Araber haben eine doppelt bis dreifach so hohe Geburtenrate wie die Deutschen, die trotz der Krippenoffensive bei 1,2 Kindern je Frau liegen. Es hat fast den Anschein, dass dieses von Schuldkomplexen geplagte Volk den Lebenswillen verloren hat.

Diese Schwäche nutzen andere aus. In Sarrazins Klartext: „Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate.“ Dieser Satz ließ die Gutmenschen aufheulen – aber er stimmt. Seltsamerweise war der Protest der Gutmenschen nicht zu hören, als vor einigen Jahren der türkische SPD-Politiker Vural Öger offenherzig plauderte: „Was Sultan Süleyman nicht geschafft hat (die Einnahme Wiens und die Eroberung Europas), das schaffen wir heute mit unseren gebärfreudigen türkischen Frauen.“ Auch von muslimischen Predigern und Politikern (etwa vom verstorbenen Jassir Arafat, wie Caldwell erinnert, dessen Palästinenser sich explosionsartig vermehrten) wird die „Geheimwaffe“ Gebärmutter strategisch-langfristig gesehen.

Vor fünfzig Jahren gab es kaum Muslime in Westeuropa, heute sind es schon 17 bis 20 Millionen. Wenn Einwanderung und Vermehrung als exponentieller Prozess weitergehen, ist absehbar, dass die düstere Prophezeiung des Princeton-

Professors und Orientkenners Bernard Lewis in Erfüllung geht: „Gegen Ende des einundzwanzigsten Jahrhunderts wird Europa Teil des islamischen Machtbereichs sein.“ Es bleibt nicht mehr viel Zeit, dass wir aufwachen und uns dieser Herausforderung stellen.

» Sezession: Studie zum Fall Sarrazin

„Faktencheck“ im WDR



Wegen der von Sarrazin angestoßenen Debatte über Zuwanderung, führt der WDR einen „Faktencheck“ durch, um den öffentlich-rechtlichen Zuschauer auf den rechten Pfad zurückzuführen. Den hauseigenen Volkspädagogen ist es wichtig zu erklären, dass Sarrazins Aussagen alle falsch sind. Dabei nimmt man es selbst mit der Wahrheit nicht so genau.

Vorurteil Nr. 1: Die Kriminalitätsrate ist besonders bei den ausländischen Jugendlichen sehr hoch.

Fakt: Stimmt nicht. Ausländische Jugendliche sind nicht krimineller als deutsche – darin sind sich alle Kriminologen nach Auswertung der letzten Kriminalstatistik einig. Allerdings ist die Gewaltbereitschaft der Ausländer höher. Außerdem: Zu den Straftaten von Ausländern zählen Delikte des Ausländerrechtes, die Deutsche gar nicht begehen können.

Erfahrungsgemäß werden ausländische Straftäter zudem eher angezeigt als deutsche.

Schon wieder dieser latente Rassismus der Deutschen. Ausländer schlagen gar nicht öfter zu, sie werden nur häufiger angezeigt! Vermutlich haben deshalb 80% der Intensivtäter ausländische Wurzeln. Und Richterin Heisig hat vermutlich keine Ahnung, ebenso wenig wie andere Betroffene.

Vorurteil Nr. 2: Ausländer gehören meist der islamischen Kultur an und predigen in ihren Moscheen Hass und Gewalt und unterstützen den Terrorismus.

Fakt: Von 7 Millionen Zuwanderern in Deutschland sind nur ein Viertel tatsächlich Muslime. Das macht knapp 4 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus. Wie viele dieser Muslime terroristisch aktiv sind ist unbekannt. Nach einer Untersuchung der Bundesregierung sollen 6% der deutschen Muslime den Rechtsstaat und die Demokratie ablehnen. Das sind allerdings nur Spekulationen.

Wie die Islamkonferenz kürzlich in einer Studie feststellen ließ, leben 4,3 Millionen Moslems in Deutschland. Wieviele von ihnen wirklich gewaltbereit sind, lässt sich natürlich nur schätzen. Wenn aber 6% den Rechtsstaat ablehnen, wären das 258.000! Das ist eindeutig zu viel.

Vorurteil Nr. 3: Ausländer erobern Deutschland durch eine höhere Geburtenrate

Fakt: Die Zahl der Neugeborenen von Zuwanderern in Deutschland ist z.B. in Berlin, fast doppelt so hoch, wie die der Deutschen. Von der Eroberung Deutschlands kann allerdings keine Rede sein. Denn: Insgesamt ist die Geburtenrate bei Menschen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren um gut zwei Drittel zurückgegangen.

Auch, wenn es weniger werden sollten, sollen bereits 2050 25% der Menschen in Europa Moslems sein. Das erfährt der öffentlich-rechtliche Fernsehkonsument aber nicht. Er soll sich beruhigt zurücklehnen mit der Gewissheit, dass alles nicht so schlimm ist.

Vorurteil Nr. 4: Ausländer sind ungebildet. Viele besuchen die Hauptschule. Nur wenige schaffen das Abitur.

Fakt: Weit über 10 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund machen keinen Schulabschluss. Vor allem junge türkische Männer. Aber wahr ist auch: Im Bildungssystem Deutschlands entscheidet noch immer die soziale Herkunft über Erfolg oder Misserfolg. Außerdem muss man bei den Herkunftsländern differenzieren: Zuwanderer aus z.B. Iran, dem Nahen Osten oder Asien weisen häufig ein hohes Bildungsniveau auf.

Es stimmt: Weit über 10% Zuwanderer haben keinen Schulabschluss, nämlich über 30% der Türken. Differenzieren wir mal wie Herr Sarrazin: Vietnamesen zum Beispiel sind überdurchschnittlich erfolgreich, osteuropäische Juden auch. Problematisch wirds immer dann, wenn der Islam ins Spiel kommt. Die soziale Herkunft spielt dabei keine Rolle. Aber der GEZ-Zahler weiß jetzt, dass seine Wahrnehmungen ihn täuschen.

(Spürnase: Stephan G.)

CDU Berlin: Podiumsdiskussion

zum Thema Islam



Ein erlesenes

Teilnehmerfeld hat sich die Berliner CDU-Fraktion für eine Podiumsdiskussion zum Thema „Der Islam – Ein Integrationshindernis?“ eingeladen. Am Mittwoch, dem 4. November um 19 Uhr debattieren im Abgeordnetenhaus von Berlin (v.l.n.r.): René Stadtkewitz, Serap Cileli, Kurt Wansner, Kirsten Heisig, Hartmut Krauss und Oda Dridi-Dörffel. Mehr Infos und Anmeldemöglichkeiten gibts hier...

„Soziale Realität lässt sich nicht wegempören“



Mal wieder Autodafé-Zeit auf dem Meinungsfreiheits-Hügel

Während sich die Spitzen der Politik, von Kanzlerin bis

Bundespräsident, weiter in feiges Schweigen hüllen, erfährt Thilo Sarrazin inzwischen auch Unterstützung von seinem Parteigenossen, dem Berliner Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD) und der türkischstämmigen Islamkritikerin Necla Kelek.

Beide sind wegen ihrer klaren Worte unbeliebt, Kelek, weil sie die Probleme islamischer „Communities“ ehrlich benennt, und Buschkowsky, weil er sich der Implosion der SPD durch die zahlreichen Edathys und Ypsilantis nicht durch freiwilligen Parteiaustritt entzieht. Kelek sagt:

Die sich davon ertappt, neudeutsch „diskriminiert“ gefühlt haben, waren nicht die, die die Misere zu verantworten haben, sondern reflexhaft die Türkenvereine und ihre Verbündeten, die Teil der Misere sind (...)

„Opferanwalt“ ist eine Paraderolle der Sprecher der türkischen und muslimischen Lobby, die ihre Stellung mithilfe der Politik und dem Integrationsplan zu einem subventionierten Mandat machen konnten. Jetzt sind sie unterwegs, die Ehre der Migranten zu retten.

Nebenbei beschützen sie durch dieses Ablenkungsmanöver ihre Geldgeber im Senat und Opposition vor der Blamage, die der ehemalige Finanzsenator seinen Kollegen bereitet hat.

Und natürlich liegt die Ursache für die Misere der Migrantenjugend, der schlechten Ausbildung, der parallelen Strukturen nach dieser Auffassung nicht auch in der Verantwortung der Migranten und kultureller Bestimmtheit, sondern ausschließlich in der verfehlten deutschen Sozial- und Bildungspolitik.

Die Vertreter dieser Richtung sind froh, nicht über die Fakten reden zu müssen, sondern Solidarität mit den diskriminierten Eltern der „Kopftuchmädchen“ üben zu können.

Und darüber zu philosophieren, ob ein Währungshüter denn

spitz oder nur rund wie eine Euro-Münze formulieren darf (...)

Die deutsche Politik scheint der Probleme überdrüssig und überlässt das Feld in diesem Fall der kulturellen Konkurrenz von Türken und Islamfunktionären, die sich als Opfer darstellen und Themen tabuisieren wollen (...)

Und wenn dann jemand doch die Sache beim Namen nennt, meldet sich das schlechte Gewissen. Man regt sich über den Ton und nicht über die Fakten auf. Aber die soziale Realität lässt sich nicht wegempören und mit einem „Aber bitte nicht in diesem Ton“ beschwichtigen.

Der Lack der Schönrednerei blättert schneller ab, als gestrichen werden kann. Wer die klaren Worte Sarrazins für Hetze hält, muss sich fragen lassen, ob er die Fakten kennt oder nicht längst aufgegeben hat.

Die ebenfalls türkischstämmige Lehrerin Betül Durmaz hat ein Buch über ihre Erfahrungen mit der multikulturellen Gesellschaft geschrieben, und die Berliner Jugendrichterin Heisig hat dem WDR ein sehr interessantes Interview gegeben, über dem ebenfalls drohend nur für das Aussprechen von Fakten, die Rassistenkeule hängt. Wahrscheinlich haben alle keine Ahnung, sind Rassisten und sollten mal Ströbele und Edathy befragen.

(Karikatur: Wiedenroth / Allen Spürnasen herzlichen Dank)

Rechts, links und mittendrin

„Manche meinen lechts und rinks, kann man nicht velwechsern. werch ein illtum.“ Wie Recht er doch hatte, der

österreichische Dichter Ernst Jandl (1925 – 2000). Da beklagt SPD-MdB und Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses Sebastian Edathy den Anstieg der Zahl von Delikten mit rechtsextremem Hintergrund im Jahr 2008 (bis Ende Oktober) auf knapp 12.000 und fordert einen „Demokratiegipfel gegen Rechts“.

Edathy kritisiert dabei „fraktionsübergreifende Vorbehalte“ gegen eine Vorlage der Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg, die Anfang 2009 im Bundestag beraten werden sollte. Die Initiative strebt unter anderem an, dass Strafen für rechtsextreme Gewalttaten grundsätzlich nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden können. Er halte das wegen der besonderen Abscheulichkeit für angemessen, sagte Edathy.

§ 56 Strafgesetzbuch, der die Strafaussetzung zur Bewährung regelt, würde nach der vorgeschlagenen Änderung in Absatz 3 lauten: Bei der Verurteilung zu Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wird die Vollstreckung nicht ausgesetzt, wenn die Verteidigung der Rechtsordnung sie gebietet.

„Zur Verteidigung der Rechtsordnung ist die Vollstreckung in der Regel in den Fällen des § 47 Abs. 1 Satz 2 geboten.“

Dieser Satz 2 soll wie folgt aussehen:

„Unerlässlich zur Verteidigung der Rechtsordnung ist die Verhängung einer Freiheitsstrafe in der Regel, wenn die Tat von menschenverachtenden, rassistischen oder fremdenfeindlichen Beweggründen oder Zielen mitbestimmt war.“

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau (Die Linke), die den Täter im Fall Mannichl zu kennen scheint, sich aber vermutlich wegen der Gewaltenteilung scheut, ihn preiszugeben (oder weil sie Denunziantentum ablehnt, wie einst Lale Akgün) meint mutig, „dass es nicht ausreicht, bei jedem Anlass, wie zuletzt dem furchtbaren Anschlag auf den Passauer

Polizeipräsidenten aufgeregt mit den Flügeln zu schlagen“. Sie fordert deshalb eine „Länder und Regierungsressorts übergreifende Gesamtstrategie“.

Außerdem zeigte sich Pau beunruhigt über den Vorfall. Es sei allerdings „nichts Neues“, dass Mandatsträger, die gegen Neonazismus eintreten, aus der rechten Szene bedroht würden. Auch Bundestagsabgeordnete seien betroffen. „Wir stehen in der Regel unter besonderem Schutz – aber was ist eigentlich mit den Leuten, die täglich von Rechtsextremisten bedroht werden?“ Welch ein Jammer, dass wir diese beiden unerschrockenen Verteidiger der Demokratie und weitere Gesinnungsgenossen nicht schon 1933 gehabt haben, dann wäre uns das ganze Nazi-Elend erspart geblieben und wir bräuchten uns jetzt nicht mit Neonazis herumzuschlagen.

Leider versäumen es Edathy, Pau und andere, uns zu erklären, welcher Art diese Straftaten sind und worin ihre besondere Abscheulichkeit liegt sowie darauf hinzuweisen, dass von den bis jetzt registrierten 13.985 Delikten mit rechtsextremem Hintergrund im Jahr 2008 nur 735 Gewaltdelikte waren – bundesweit wohlgemerkt (die Gesamtzahl der registrierten Gewaltdelikte im vergangenen Jahr betrug 210.880). Und die übrigen? Keine Bagatellsachen, aber auch keine Verbrechen, die den braven Bürger zögern lassen, nachts auf die Straße zu gehen, also z.B. Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) oder Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB), das heißt im Klartext etwa: Zeigen des Hitlergrußes, Hakenkreuzschmierereien, Singen und Verbreiten von Nazi-Liedern, Verwenden von Hakenkreuzfahnen; auch die Holocaust-Leugnung gehört dazu (erfüllt den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB). In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2008 tauchen die Begriffe „rechts“, „rechtsextrem“ oder „rechtsradikal“ übrigens überhaupt nicht auf (bei einem Anteil von knapp 0,2 Prozent an der Gesamtkriminalität kein Wunder und die „besondere

Abscheulichkeit“ hatten die Verantwortlichen vor dem Hinweis von Herrn Edathy vielleicht noch gar nicht bemerkt).

Wir wollen doch nicht hoffen, dass in unserer Volksvertretung Leute vom geistigen Format eines Jürgen Dupper (SPD) sitzen, des Passauer Oberbürgermeisters, der im Gegensatz zu seinem Münchener Kollegen nicht für ein kabarettistisches Faible bekannt ist und im ZDF geäußert haben soll, das Messerattentat auf (den Leiter der Polizeidirektion Passau) Alois Mannichl wäre schlimmer als alles, was zu Zeiten der RAF passiert wäre (zur Erinnerung: Mannichl hat überlebt, 34 RAF-Opfer nicht).

Auffallend ist nur, dass sich diejenigen, die so vehement die Kriminalität von rechts bekämpfen, gegenüber der Kriminalität muslimischer Migranten vornehme Zurückhaltung auferlegen. Offenbar kennen die Damen und Herren bei der SPD, der Linkspartei und den Grünen die bittere Erkenntnis von Carl von Ossietzky:

„In Deutschland gilt derjenige als viel gefährlicher, der auf den Schmutz hinweist, als der, der ihn gemacht hat“

und wollen sich nicht dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit oder gar des Rassismus aussetzen, weil sie dann nicht mehr auf Bewährung hoffen könnten.

Dabei gibt es auf diesem Feld Zahlen, die einem wirklich das Blut in den Adern erstarren lassen können. So hat die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig allein für die Bundeshauptstadt festgestellt: Von der Gesamtheit der Intensivtäter [Täter mit mehr als zehn – einschlägigen – Straftaten] haben 80 Prozent einen Migrationshintergrund. Davon fallen 45 Prozent auf arabische Täter – die einen ganz geringen Teil der Berliner Gesamtbevölkerung ausmachen – und 34 Prozent auf türkischstämmige Täter. 18 Prozent „deutschstämmige“ Personen werden als Intensivtäter geführt. Nach einer Studie des Bundesinnenministeriums (*Muslims in Deutschland, hrsg. vom BMI, Juli 2007*) ist jeder vierte junge Anhänger des Islam zu

Gewalt gegen Andersgläubige bereit. Man hat nie gehört, dass auf der Deutschen Islamkonferenz beim Bundesinnenministerium oder gar auf dem Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin über diese Bedrohung gesprochen wurde. Die Reihe ließe sich noch fortsetzen. Aber meine Erfahrung aus Briefen an staatliche und kirchliche Repräsentanten zeigt: Niemanden scheinen diese Zahlen zu beunruhigen. Vielmehr plappern die meisten die Formel „Der Islam ist eine Religion des Friedens“ nach. Und die gewaltbereiten Muslime wollen uns sicher nur erschrecken, so wie die beiden Kofferbomber von Köln. Die wahre Gefahr kommt bei uns von rechts!

“Der Islam, diese absurde Gotteslehre eines unmoralischen Beduinen, ist ein verwesender Kadaver, der unser Leben vergiftet. Er ist nichts anderes als eine entwürdigende und tote Sache.”

Ich würde nie wagen, mich so über eine Religion – egal welche – zu äußern. Aber der dies gesagt hat, war immerhin der Vater der modernen Türkei: Mustafa Kemal Pâscha “Atatürk”. „Die Geschichte lehrt die Menschen,“ – so lässt uns Mahatma Gandhi (1869 – 1948) wissen – „daß die Geschichte die Menschen nichts lehrt.“ Das hatte lange vor ihm schon ein arabischer Historiker erkannt: 'Abu al-Hasan Ali ibn al-Husayn al-Mas'udi (895 – 956): „Aus der Geschichte können wir lernen, daß noch nie aus der Geschichte gelernt wurde.“ Doch hilft uns das letztlich genauso wenig weiter wie die Erkenntnis von Kurt Schumacher (1895 – 1952, SPD-Vorsitzender): „Kommunisten sind rotlackierte Faschisten“. Oder doch?

Rainer Grell

Der Verfasser sieht sich weder rechts noch links, sondern bekennt sich zu Werner Fincks „Radikaler Mitte“, wohl wissend, dass ihn das keineswegs gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus schützen wird. Damit muss – jedenfalls einstweilen – jeder leben, der sich zu diesem Themenkreis

öffentlich äußert.

Neue Studie: Böse deutsche Jugend



"... keine Ausländerfeindlichkeit - und bring morgen ein neues Handy mit!"

Während Bürger,

Polizisten, Staatsanwälte und so mancher Jugendrichter schockiert das Ausmaß männlich-muslimischer Jugendgewalt zur Kenntnis nehmen, wird der Öffentlichkeit wieder einmal das Bild von der schlimmen deutschen Jugend präsentiert. Über das Phänomen „Migrantengewalt“ darf nur sprechen, wer die eigene öffentliche Hinrichtung in Kauf nimmt (s. z.B. Roland Koch oder Staatsanwalt Reusch). Wer hingegen auf die eigenen Leute spuckt, gehört automatisch zu den Guten.

Begeistert und unkritisch gibt die Qualitätatspresse eine neue Studie des SPD-Kriminologen Christian Pfeiffer wieder, der feststellt, dass angeblich jeder fünfte männliche deutsche Jugendliche stark ausländerfeindlich sein soll. Innenminister Schäuble gibt sich schockiert.

Die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebene Studie, die bisher größte zum Thema Jugendgewalt in Europa, wurde am Dienstag in Berlin vorgestellt. Dafür wurden 44 610 zufällig ausgewählte Jugendliche der neunten Jahrgangsstufe aus 61 repräsentativ ausgewählten Regionen befragt.

Der dramatische Befund der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen folgt im letzten Teil des 132-seitigen Papiers. „Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus“ heißt es dort im im nüchternen Wissenschaftsdeutsch.

Die Benennung von „Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus“ in einem Atemzug lässt bei den deutschen natürlich Erinnerungen an dunkle Zeiten wach werden, sicher nicht zufällig. Und während die Öffentlichkeit zu Tode erschrocken auf die neue Hitler-Jugend starrt, versäumt sie rein zufällig den Zusammenhang zwischen moslemischen Migranten und steigendem Antisemitismus wahrzunehmen.

Festgemacht werden die neuen Erkenntnisse an Aussagen wie diesen:

Zwei Drittel der deutschen Jugendlichen betrachten Ausländer mit Skepsis. 64 Prozent neigen mehr oder weniger stark zu der Aussage, in Deutschland gebe es zu viele Ausländer.

Da muss gegengesteuert werden, mit einem verstärkten Kampf gegen Rechts™!

Uta Rasche schreibt in der faz

Christian Pfeiffer, der PR-gewandte Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, würde nicht so erfolgreich Drittmittel für sein überschaubares Haus einwerben, fände er in seinen Daten nicht doch einen Skandal: Demnach sollen genauso viele 15 Jahre alte Jungen rechtsextremen Gruppen angehören wie anderen politischen

Parteien oder sozialen Organisationen zusammen.

Hätte Pfeiffer auch Organisationen mitgezählt, in denen sich Jugendliche sonst engagieren – Sportvereine, Feuerwehren, kirchliche Jugendverbände –, sähe das Bild gleich viel heller aus. Für die Erforschung regionaler Unterschiede ist nun eine Nachfolgestudie nötig, dann müssen Präventionsmaßnahmen untersucht werden. Alarmismus hilft, die Anschlussfinanzierung zu sichern.

Kontakt:

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.

Professor Dr. Christian Pfeiffer

Lützerodestr. 9

30161 Hannover

Telefon: 0511-348360

Telefax: 0511-3483610

c.pfeiffer@kfn.uni-hannover.de

(Karikatur: Wiedenroth – herzlichen Dank allen Spürnasen)

**Mit Samthandschuhen kommen
wir nicht weiter**



Über die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig (Foto) haben wir schon häufig berichtet. Sie verschließt nicht die Augen vor jugendlicher Migrantengewalt. Früher nach eigenen Angaben selbst Multikulti-Fraktion, fragt sie heute, wann Toleranz zur Unterlassung wird. Mehr...

(Den zahlreichen Spürnasen herzlichen Dank)

Politische Einheitsfront gegen Duisburger Polizei



Gerne hätte man den Skandal um die Israel-Flaggen von Duisburg totgeschwiegen. Da das trotz umgehender Löschaktion von Youtube nicht mehr möglich war, macht die Politikerkaste jetzt das, was sie am besten kann: Im Rudel Empörung heucheln und die Schuld auf andere abwälzen.

Es ist bezeichnend, dass gerade die sich aufregen, die am meisten dafür gesorgt haben, dass der islamische Mob sich

ungestört ausbreiten durfte. Jeder wurde und wird des Rechtsradikalismus oder der Fremdenfeindlichkeit verdächtigt, der anzumerken wagte und wagt, dass mit der massenhaften Zuwanderung sogenannter bildungsferner Schichten aus dem islamischen „Kultur“kreis etwas arg schief läuft. Lehrerinnen müssen sich als „Fotze“ und „Nutte“ beschimpfen lassen, Polizisten müssen sich bespucken, beleidigen und attackieren lassen und deutsche Ureinwohner haben, wenn sie überleben wollen, bestimmte Areale im eigenen Land zu meiden. Der Alarmrufe gab es unzählige, auch von Staatsanwälten, Richtern oder Politikern selber. Alle Warnhinweise über die Etablierung eines parallelen „Rechts“systems in Deutschland hatten regelmäßig übelste Diffamierungen durch die verantwortlichen Politiker zur Folge. Staatsanwalt Reusch wurde als „geistiger Brandstifter“ bezeichnet, bekam einen Maulkorb verpasst und wurde zwangsversetzt, Richterin Heisig beschimpft, dem jüdischen Holocaust-Überlebenden Giordano „rechtes Denken“ unterstellt, die Einweihung der Großmoschee in Duisburg-Marxlo als freudiges Ereignis gefeiert und Politiker aller Parteien – allen voran in NRW – fordern noch viel mehr Moscheen, um die Parallelgesellschaften zu zementieren. Und **ausgerechnet diese Politiker** echauffieren sich jetzt künstlich über die Polizei, die gehandelt hat, wie verordnet:

„Skandalös“, „paradox“, eine „Riesensauerei“: Politiker von SPD, Union und Grünen kritisieren die umstrittene Polizeiaktion in Duisburg. Beamte hatten während einer Demo gegen den Gaza-Krieg eine Wohnung gestürmt und israelische Fahnen eingeholt – jetzt sollen sie zur Verantwortung gezogen werden. (...) Das Abhängen israelischer Fahnen durch die Polizei bei einer Demonstration sei rechtswidrig und müsse Konsequenzen haben, forderte SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz. Die Entschuldigung des Duisburger Polizeipräsidenten reiche nicht aus, sagte er den „Ruhr-Nachrichten“.

„Die Leute müssen zur Verantwortung gezogen werden“, forderte

Wiefelspütz. Er nannte den Einsatz, bei dem die Polizei eine Wohnung gestürmt hatte, „eine Riesensauerei“. Die Polizei hatten ihr Vorgehen damit begründet, dass sich die Demonstranten durch die Fahnen provoziert gefühlt hätten.

Verärgerung auch in der Union: „Hier müssen dienstrechtliche Konsequenzen gezogen werden“, forderte der Bundestagsfraktions-Vizechef Wolfgang Bosbach (CDU) in der Passauer „Neuen Presse“. Die Polizeiaktion sei „skandalös und paradox“ gewesen. Die Beamten hätten die Pro-Israel-Demonstranten und die Fahnen in den Fenstern vor Angriffen schützen müssen. „Das ist verkehrte Welt“, sagte der CDU-Innenexperte.

Und selbst die Grünen, hauptverantwortlich für die Misere des Wahrheitsverbotes, stimmen ein:

Grünen-Innenexperte Jerzy Montag bezeichnete das Verhalten der Polizei als völlig inakzeptabel. Der Landesinnenminister müsse Stellung beziehen. Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) könne sich „nicht einfach wegducken“, sagte Montag der Zeitung. Der Bundestagsabgeordnete sprach von einer Blamage für die Polizei.

Nehmen wir einmal an, die Polizei hätte nicht gehandelt wie gehabt und der von unseren Politikern sehenden Auges herangezüchtete islamische Großmob wäre in „spontanen Zorn“ verfallen und hätte die Stadt verwüstet ... die selben Politiker wären – im Verbund mit den Medien – auf die selbe Polizei losgegangen, hätten – wie im Fall der Mohammed-Karikaturen – von unnötiger Provokation gesprochen, der Polizei mangelnde Sensibilität mit den Befindlichkeiten heißblütiger „Südländer“ unterstellt und den Beamten Nachhilfe in deeskalierenden Maßnahmen verordnet. So oder so ist die Polizei der Prügelknabe der Verantwortlichen.

Die Geister, die sie riefen, sind jetzt hier. Sollte der Flaggenskandal ein Umdenken der Verantwortlichen hervorrufen, dann wäre es Rettung in letzter Minute. Wir aber glauben nicht daran. Wenn der Sturm vorbei ist, wird der Tiefschlaf weitergehen. Bis zum nächsten Sturm...

» WDR Mediathek

Jugendrichterin Heisig: Knast light für Ersttäter



Über die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig (Foto) haben wir schon mehrfach berichtet. Sie spricht an, was unsere mit dem Kampf gegen Rechts™ beschäftigten Politiker unter den Teppich kehren möchten: Das Gewaltproblem der Jugendlichen ist zugewandert: In Berlin haben 80% der jugendlichen Gewalttäter türkische oder arabische Wurzeln. Die Deutschen sind Opfer.

Kirsten Heisig: Sie sehen hier, dass die Jugendkriminalität entgegen dem was man so landläufig hört nicht sinkt, insbesondere im Bereich der Rohheits- und Gewaltdelikte...Die Täter sind überwiegend türkisch-, arabischstämmiger Herkunft und die Opfer sind überwiegend Deutsche. Die Brutalität hat extrem zugenommen, Besorgnis erregend. Selbst ich, die das 16 Jahre lang mache, bin teilweise besorgt darüber in welcher

Form da vor gegangen wird gegen die Opfer. (...) Dieser Zungenschlag, der in die Straftaten rein gekommen ist, vor allen Dingen dieser Bezug zum schwul sein, Schwulensau, Judensau, Drecksvotze, deutsches Schwein, Hängebauchschwein, Scheißchrist, das ist atemberaubend. Das merkt man ja vielleicht auch, das mich das nach wie vor mitnimmt und schockiert und das ist auch bei den Opfern so. Die Opfer empfinden diese Beleidigung, diese Demütigung schlimmer als die Wegnahme des Handys. (...) Wir haben genug Gesetze, wenn man die konsequent durchziehen würde. Ich meine, wir können Jugendstrafen bis zu 10 Jahren verhängen. Das reicht. Also, wenn man einen in 10 Jahren nicht erzogen hat, dann schafft man es in 15 Jahren auch nicht. Also, das sind nicht die Ansätze.

Frau Heisig verhängt gerne Arrest bei Ersttätern und ist von der „heilenden Wirkung“ überzeugt:

Arrest ist natürlich charmant, weil da kann man bis zu vier Wochen verhängen und das ist schon eindrucksvoll. Ich sag immer ‚Knast light‘ oder ‚Schnupperkurs‘ was den Freiheitsentzug anbelangt. Jemand der dabei ist eine kriminelle Karriere zu entwickeln, wenn man den mit 14, 15 in den Arrest steckt, ist der besser bedient, als wenn wir da noch drei Jahre warten und dann muss er für fünf Jahre in die Jugendanstalt.

Knast statt Stuhlkreis und Psychogeschwätz?

Fadi Saad, 28 Jahre alt, deutscher Staatsbürger, Sohn palästinensischer Flüchtlinge, war prügelnd und klauend hier als Mitglied einer Jugendgang unterwegs. Bei ihm hat der Warnschuss Arrest gewirkt.

Fadi Saad: „Dass ich natürlich vom Arrest gelernt habe Konsequenzen zu tragen für das was ich angestellt habe. Auch wenn es ein Wochenende war, es war schon erschreckend. Ich

habe dann erst einmal meine Schule nachgeholt, habe meine Ausbildung gemacht zum Bürokaufmann.“

Heute ist Fadi Saad Quartiersmanager, er kümmert sich um Probleme im Kiez, ist so was wie eine Schnittstelle zwischen den Jugendlichen, den Behörden und der Politik. Fadi Saad hat ein Buch geschrieben über seine Erfahrungen und wie die Probleme in den Griff zu kriegen sind. Einer der Punkte: Beschleunigung der Strafverfahren.

Kirsten Heisig kämpft einen einsamen Kampf. Es ist nicht gewünscht, Migrantengewalt anzusprechen. Aber im Gegensatz zu Staatsanwalt Reusch kann man der Richterin keinen Maulkorb verpassen.

» ARD-Mediathek: Der einsame Kampf einer Berliner Jugendrichterin

(Danke an alle Spürnasen)

Richterin Heisig: Keine Lust, Kinder einzusperren



Die 47-jährige Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig möchte das Problem der

Jugendkriminalität bei seiner Wurzel bekämpfen und appelliert darum direkt an arabische und türkische Eltern: Sie habe hier das Sagen, doch mache es ihr keinen Spaß, Kinder einzusperren. Darum sollen die Eltern dafür sorgen, dass ihre Kinder gar nicht ins Gefängnis müssen.

Richterin Heisig wendet sich direkt an zwei gut vernetzte Organisationen aus der „Migranten-Community“ – das Türkisch-Deutsche Zentrum (TDZ) und die Deutsch-Arabische Unabhängige Gemeinde (DAUG). Sie gebraucht dabei eine Sprache, die Mitbürgern mit Migrationshintergrund gängig ist. Direkt ohne Höflichkeitsformeln und Umschweife zur Sache:

„Ich bin die, die eure Kinder einsperrt, aber das macht mir keinen Spaß. Wir müssen zu anderen Konzepten kommen.“

Offenbar ist die Richterin damit erfolgreich:

„Sie haben mir zugesagt, dass sie an die problematischen Personen herankommen“

„Die Eltern können sich nicht hinsetzen und nichts machen“.

Die Vertreter der Vereine hätten sofort eingesehen,

dass die Migranten-Community gefordert sei, um kriminelle Karrieren gerade ihrer Jungen zu verhindern. Für ihr Ansinnen, die Familien direkt anzusprechen und damit explizit deutlich zu machen, dass es dort ein Kriminalitätsproblem gebe, hatte sie von den Migranten eigentlich Kritik erwartet. Aber die kam nicht, im Gegenteil. Die Vereine waren sofort zur Kooperation bereit. „Eine Richterin hat mehr Autorität als ein Sozialarbeiter, die Justiz hat mehr Gewicht“, sagt Mustafa Akcay, stellvertretender Vorsitzender des TDZ. Den Eltern müsse klar gemacht werden, was ihren Kindern drohe, wenn sie Straftaten begehen. Unter türkischen und arabischen Jugendlichen gebe es ein „großes Bildungs- und

Beschäftigungsproblem“, sagt Akcay. Die hohe Zahl von Intensivtätern mit türkischem und arabischem Hintergrund sei „schon alarmierend“. Das Gute an Heisigs Initiative sei, dass sie auch Hilfe anbiete und den Eltern sage, welche Bildungseinrichtungen und sozialen Angebote ihnen weiterhelfen können.

Obwohl sich gemäß einer aktuellen Studie nur gerade 45 Prozent der befragten Berliner Türken stark, dagegen 36,8 weder stark noch schwach, 15,8 Prozent schwach und ganze 2 Prozent gar nicht mit Deutschland identifizieren, betont die Berliner Richterin:

„Es geht um die Kinder dieser Stadt.“

(Spürnasen: Denker, Skeptiker und Humphrey)

Berlin: Kurde sticht „Scheißtürkin“ ins Gesicht



Wie die Allgemeinheit in diesem Land vor Gewalttätern geschützt wird, zeigt der Fall des Kurden Kaan U. (Foto). Der 19-Jährige, der bereits im Frühjahr dieses Jahres

ein junges Mädchen tötlich angegriffen und seiner Freude über die deutsche Mehrheitsgesellschaft mit lautem "Ich ficke alle deutschen Frauen. Ich ficke alle Deutschen. Wir werden Euch vergasen"-Herumgepöbel in einem Bus kundgetan hatte, ist jetzt vom reinen Deutschen- zum allgemeinen Frauenhasser aufgestiegen.

In Neukölln stach er einem wildfremden türkischen Mädchen mit den Worten „Scheißtürkin“ ins Gesicht. Der Berliner Kurier berichtet:

Der Blick einer jungen Frau genügte, um Milchbubi Kaan U. (19) auf die Palme zu bringen. Er pöbelte, schlug, zog zuletzt ein Klappmesser. Seine Opfer: Immer hübsche Mädchen in seinem Alter.

Ein schlimmer Frauenhasser. Eigentlich unerklärlich. Im April saß er schon einmal nach Attacken auf Frauen vor Gericht, bedrohte sogar im Saal eine Zeugin: „Ich mach' dich fertig. Dreckskind.“ Jetzt geht es um versuchten Totschlag. In der Juliusstraße (Neukölln) ging er auf Fatima (17) zu: „Hast du ein Problem mit mir?“ Laut Anklage stach er dann der Schülerin, die er nicht kannte, mit dem Messer ins Gesicht, traf die Oberlippe.

Grinsend hörte er die Anklage, kaute dann auf seiner Lippe. Der Staatsanwalt: „Ein Extremfall. Seine Eltern sind vor Jahren in die Türkei zurück.“ Kaan, das jüngste von vier Kindern, blieb allein in der Vier-Raum-Wohnung in Neukölln. Da war er gerade 15 Jahre alt. Der Staatsanwalt: „Die Eltern wollten sich offensichtlich ein Standbein in Berlin erhalten.“

Er wurde von der Familie nach Erkenntnissen des Anklägers mit ausreichend Geld versorgt und machte, was er wollte. Im Juli 2005 verließ er die Schule. Der Ankläger: „Keiner kümmerte sich um ihn.“ Als er im April in Haft kam, konterte er dreist: „Gefängnis würde alles noch verschlechtern. Da würde

ich zugrunde gehen.“

Schon in einem anderen Prozess urteilte eine Richterin: „Er hat ein Problem damit, gewaltfrei mit Frauen umzugehen.“ Pathologischen Hass auf Frauen stellte ein Gutachter bis jetzt aber nicht fest, nur „starke Verwahrlosung“. Kann sich ändern, am 6. November geht der Prozess weiter.

An diesem Fall fragt man sich zweierlei: Erstens, was ist das für ein Land, das einen 15-Jährigen völlig auf sich gestellt jahrelang verwahrlosen lässt? Und zweitens, warum läuft ein Mensch frei herum, der eine solche Gefahr für unschuldige Menschen darstellt?

Da inzwischen nicht nur „Scheißdeutsche“ die Opfer sind, darf man hoffen, dass der freundliche junge Mann mit dem Frauenpoblem jetzt aus dem Verkehr gezogen wird.

Der RBB berichtet hier in einem Filmbeitrag mit Interview von Richterin Karin Heisig.

(Spürnasen: Clara Fall, Bio Alfolek, Sebastian S., Florian G. und Skeptiker)